

# Der Vollzugsdienst

6/2014 - 61. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Was haben wir vom Strafvollzug mit der GDL zu tun ?**

Kommentar von Anton Bachl, BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 2

**Bayern schafft 200 zusätzliche Stellen für den allgemeinen Vollzugsdienst**

Festveranstaltung in Weiden mit Staatsminister Prof. Dr. Bausback

Seite 22

**Politisch und ideologisch motivierte Gewalttäter sind die Herausforderung der Zukunft**

Der Personalmangel des Strafvollzuges erweist sich als ungelöstes Problem

Seite 65

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2015



**Fachteil: Zusatzurlaub bei Wechselschichtarbeit**



Baden-Württemberg



Rheinland-Pfalz



Sachsen

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Jahresabschluss 2014 – Zeit für einen kleinen Rückblick
- 2 Gewerkschaftsbewegung lebt von Solidarität
- 2 Was haben wir vom Strafvollzug mit der GDL zu tun?
- 3 10 Fakten zum GDL-Streik
- 5 Bei der Rente stets an die Zukunft denken!
- 6 Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!
- 6 Einkommensrunde 2015: Sie und Ihre Meinung: Unverzichtbar!

### LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 22 Bayern
- 28 Berlin
- 34 Brandenburg
- 40 Bremen
- 41 Hamburg
- 45 Hessen
- 51 Mecklenburg-Vorpommern
- 57 Niedersachsen
- 64 Nordrhein-Westfalen
- 79 Rheinland-Pfalz
- 86 Saarland
- 89 Sachsen

### FACHTEIL

- 91 Zusatzurlaub bei Wechselschichtarbeit



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	<b>vollzugsdienst@t-online.de</b> vollzugsdienst.neumann@aol.com
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	<b>bsbdbrb@t-online.de</b> www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**Redaktionsschluss**

für die Ausgabe 1/2015:



**15. Januar 2015**

Willkommensgruß an die neue Hessische Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

## 57. Gewerkschaftstag des BSBD-Hessen

Birgit Kannegießer zieht als Schiffskobold Bilanz über die Situation im hessischen Strafvollzug

**D**ie Vorsitzende des BSBD Hessen konnte bei der öffentlichen Veranstaltung zum 57. Gewerkschaftstag im Bürgerhaus der Stadt Butzbach die neue Hessische Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann willkommen heißen. Als weitere Gäste konnte sie die Landtagsabgeordneten Hugo Klein (CDU), Heike Hofmann (SPD), Karin Müller (Bündnis 90 / Die Grünen), Mariana Schott (Die Linke), Ltd. Ministerialrat Torsten Kunze und Ministerialrat Manfred Kräuter vom Hessischen Ministerium der Justiz, die Landesvorsitzende des dbb Hessen Ute Wiegand-Fleischhacker, Rolf Krämer von der Deutschen Justizgewerkschaft Hessen sowie zahlreiche Leiter von hessischen Justizvollzugsanstalten und Werner Frey vom Ehren- und Ältestenrat sowie die Vertreter der örtlichen Presse und von RTL begrüßen.

Nachdem **Birgit Kannegießer** der bootsbegeisterten Justizministerin eine Kapitänsmütze und ein passendes Bootssteuer überreicht, sie zur neuen Flottenkommandeurin der aus 17 Schiffen bestehenden hessischen Justizvollzugsflotte ernannt und für diese Aufgabe alles erdenklich Gute gewünscht hatte, die Funktionen der Flottenadmirale, Schiffskapitäne, Steuerleute, des Schiffpersonal und auch die 4.650 Passagiere aufgezählt hatte, stellte sie den Klabauteermann vor. Der Schiffskobold, der Segelschiffe begleitet, weist mit seinem Kalfaterhammer auf Schäden hin oder bessert sie aus. Der Klabauteermann ist meist gutartig, doch neckt und stört er zuweilen die Besatzung. Er verfügt über außergewöhnliche Kräfte, weiß Unwetter vorherzusagen, er alarmiert dann den Kapitän und die Crew. Verlässt der Klabauteermann das Schiff, ist es zum Untergang geweiht. Alsdann trug sie als polternder hammerschwingender Schiffskobold ihre „Klabauterede“ über die Situation im hessischen Justizvollzug vor. „Als Vorsitzende des Klabauteerrates fällt mir heute die Verantwortung zu, hier nun sehr deutlich zu klabautern“, so die Vorsitzende des **BSBD Hessen** wörtlich. In diesem Moment packten die anwesenden **BSBD** Mitglieder die mitgebrachten Kalfaterhämmer aus und ließen das Klopfen der Klabauteermänner hören.

Unsere Passagiere reisen überwiegend gratis und wir haben den Auftrag, sie zu Landeiern zu machen und das auf hoher See. Leider sind unsere Ruderbänke selten annähernd besetzt, so dass auch die unbesetzten Positionen im Dienstplan mit gestemmt werden müssen. Dass ein Kollege drei Schichten am Stück – also insgesamt 24 Stunden ununterbrochen Dienst zu leisten hatte, kam im letzten



Die Landesleitung des BSBD Hessen v.l.n.r.: Franz-Josef Pfeifer, Heinz-Dieter Hessler, Birgit Kannegießer, Günter Kowalski, Reiner Ruf, Michael Horn, Matthias Gerber und Melanie Peil.

Jahr tatsächlich vor. Das Leisten von Doppelschichten sowie das Nichteinhalten von Mindestruhezeiten ist leider mehr Standard als Ausnahme. Wundert

es da, wenn sich Kolleginnen und Kollegen kraftlos fühlen und krank werden? Man hat den Eindruck „wir liegen vor Madagaskar und haben die Pest an Bord“!



Landesvorsitzende Birgit Kannegießer (li.) und Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann mit Steuerrad und Kapitänsmütze.



Blick ins Plenum.





Die Ehrengäste.

Da spukten die jugendlichen Gäste vor den Kollegen aus, haben kein Respekt vor der Crew und provozieren sie. Die Crew darf nicht reagieren, sondern muss erst den Kapitän fragen, was sie tun darf. Diese Crew aus Mittelhessen war derart angeschlagen, dass mitten in der Sommerzeit von anderen Schiffen ausgeholfen werden musste. So, Frau **Kühne-Hörmann**, lässt

Ziel auf Papier geschrieben, bis zum Jahre 2017 einen Landesbetrieb für das Arbeitswesen zu errichten. Das **NOAH** Projekt sollte aufgegeben werden und stattdessen ein nachhaltiges Angebot für Arbeit Ausbildung und Beschäftigung der Gefangenen bis 2017 verabschiedet werden. Auch muss sich der Erwerb beruflicher Kompetenz an den



Die den Kalfaterhammer schwingende Landesvorsitzende Kannegießer bei der Klabauterrede. RTL-Regional-TV filmt mit.

sich kein Schiff manövrieren und auf Kurs halten.

#### Als weitere Themen wurden von der Landesvorsitzenden angesprochen:

- Die Neuorganisation des Arbeitswesens in Hessen, unter dem Namen **NOAH**. Die Organisation der Arbeitsbetriebe aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde erneut mit dem hehren

Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren.

- Die zunehmende Zahl der personalintensiven Ausführungen und Krankenhausüberwachungen.
- Das Ansteigen der begleiteten Tagesausgänge der Sicherungsverwahrten zu Festen, zum Shoppen und zur Beziehungspflege pp. Es ist kein Zuckerschlecken und keine Kaffeefahrt,

sondern es gleicht einem Himmelfahrtskommando. Es ist zu befürchten, dass demnächst nicht nur Sicherungsverwahrte, sondern auch lebenslange oder langstrafige Gefangene einen Anspruch auf derartige Ausflüge aus der Haft haben.

- Es ist anzunehmen, dass im **H.B. Wagnitz-Seminar** kein Geld mehr für Gesetzestexte und Kopierpapier für die Anwärter für den mittleren Dienst da ist. Bei den Kleinen werde gespart, um für die Großen eine kostenaufwendige Grill-Kota in den Garten zu stellen, in der lediglich 10 Leute Platz haben.
- Wo soll die Reise hingehen? Mit welcher Personalstärke? Wie sieht es aus mit dem deutlich wahrnehmbaren Sanierungsstau? Welche Unterbringungskapazitäten müssen wir vorhalten? Wieviel Stellen sollen im Justizvollzug gestrichen werden, wenn der Justiz durch die Schuldenbremse eine jährliche Einsparung von 49 Stellen aufgebürdet wird?

Die vollständige mit Bildern versehene Rede der Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer ist auf der Homepage unter [www.bsbd-hessen.de](http://www.bsbd-hessen.de) abgedruckt.

## Auszüge aus den Grußworten der Gäste

### Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann

Die Ministerin dankte der Vorsitzenden des **BSBD Hessen** für die gelungene Klabauterrede. Sie berichtete, dass sie gegenwärtig die hessischen Justizvollzugsanstalten mit Pressevertretern bereise, um damit für mehr Verständnis für die Probleme hinter Gittern zu werben und um den Beruf des Strafvollzugsbediensteten aufzuwerten. Das habe sie bereits auf dem **Hessentag 2014** mit der Präsentation einer Musterzelle getan. Über **NOAH** soll in den nächsten sechs Monaten abschließend entschieden werden. Die Grillhütte will sich die Ministerin anschauen. Sie bedankte sich bei den Bediensteten aus Schwalmstadt, die über viele Monate wegen der Auslagerung der

Fotos (11) BSBD Hessen





Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann.

Sicherungsverwahrung in die JVA Weiterstadt die besondere Belastung durch die langen Fahrtstrecken gemeistert hätten. Sie haben höchstes Lob verdient. Die panoptischen Vollzugsanstalten bleiben erhalten und ab 2015 werde mit der Sanierung angefangen. Auch habe sie nicht vor, die JVA Limburg aufzulösen. Bei unbesetzten Haftplätzen muss man reagieren. Im Moment habe sie keine Veranlassung an der Haftplatzsituation etwas zu ändern. Sie werde sich den heute angesprochenen Themen widmen.

### MdL Hugo Klein (CDU)

Er dankte für die humorige und doch sachliche Rede und überbrachte die Grüße von **Alfons Gerling** als auch der **CDU** Landtagsfraktion. Er bedankt sich für den stetigen Kontakt des **BSBD** Landesvorstandes mit der **CDU** Landtagsfraktion, wo stets die Probleme ungeschönt



Im Bild v. r. n. l. : MdL Hugo Klein (CDU) an Rednerpult und die Kollegen Pfeifer und Hessler sowie die Kollegin Kannegießer von der Landesleitung.

angesprochen und auch deutliche Forderungen gestellt wurden. MdL **Klein** sprach auch die neugeschaffenen „Aufenthaltsräume“ für Sicherungsverwahrte an und dankte den Schwalmstädter Vollzugsbediensteten, für die hervorragenden Leistungen, die sie bei der Auslagerung der Sicherungsverwahrten in die JVA Weiterstadt erbracht hätten. Er sprach auch den Gesetzentwurf der **CDU** für ein Jugendarrestgesetz, die Nullrunde 2015 für Beamte in Hessen, die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld und den auslaufenden Vertrag mit dem privaten

Betreiber an. Abschließend dankte er dem **BSBD Hessen** für die gute Zusammenarbeit.

### MdL Heike Hofmann (SPD)

MdL **Hofmann** eröffnete mit den Worten: „Glücklicherweise sind in Hessen die Zeiten des härtesten und konsequentesten Strafvollzugs vorbei“. Zwar seien die Gefangenzahlen zurückgegangen, doch die Klientel ist auch schwieriger gewor-



MdL Heike Hofmann (SPD).

den. Die Haushaltssanierung werde in Hessen auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten durchgeführt. Es sei nicht einsehbar, warum die Arbeitszeit der Beamten gerade im Strafvollzug nicht gesenkt wird. Auch mein besonderer Dank gilt den Schwalmstädter Bediensteten für ihre Leistungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der Sicherungsverwahrung. Der Wert der Gefangenenarbeit wurde von der **SPD** schon immer in den Vordergrund gestellt. Wichtig dabei ist, dass die Gefangenen in Berufen ausgebildet werden, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind.

### MdL Karin Müller (Bündnis 90 / Die Grünen)

Zunächst möchte ich den hessischen Vollzugsbediensteten Dank und Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit aussprechen. Zwar bin ich heute das erste Mal beim Gewerkschaftstag des **BSBD Hessen**, biete für die Zukunft eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an und wünsche mir den Dialog mit dem **BSBD** Hessen.

### MdL Mariana Schott (Die Linke)

Der hohe Krankenstand beim Vollzugspersonal ist auf die Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Das kommt von 24 Stunden Dienst, wenn man die Bediensteten drei Dienstsichten hintereinander einsetzt. Auch ist die Begleitung der Gefangenen bei Lockerungen sehr personalintensiv.

### Kollegin Ute Wiegand-Fleischhacker (Vorsitzende des dbb Hessen)

Zunächst herzlichen Dank an den Vorstand des **BSBD Hessen**, der die dbb Landesleitung Hessen seit Jahrzehnten tatkräftig unterstützt. Der Koalitionsvertrag stieß beim dbb Hessen auf massive Ablehnung und Kritik.

- Es ist völlig unverständlich und inakzeptabel, die Haushaltskonsolidierung allein auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu betreiben.
- Die nicht vorgesehene Rückkehr des Landes Hessen in die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)**.
- Die Rückführung der Wochenarbeitszeit von 42 Stunden erst ab dem Jahre 2017. Die rote Laterne muss vor dem Jahre 2017 weg.
- Die vorgesehenen drastischen Stellen einsparungen werden abgelehnt.
- Wir fordern die Beteiligung an der Einkommensentwicklung. Nullrunden und eine minimale Anpassung von 1% werden abgelehnt.
- Beihilfe ist kein Sonderbonus, daher werden angekündigte Eingriffe in das hessische Beihilferecht abgelehnt.



Ute Wiegand-Fleischhacker die Landesvorsitzende des dbb Hessen.

- Der öffentliche Dienst muss zukunftsfähig sein, das bedeutet attraktives Einkommen und attraktive Arbeitsbedingungen.
- Die Schuldenbremse kann nicht nur durch Einsparungen zu Lasten der Beamtinnen und Beamten geleistet werden. Es gelte den Blick auch auf die Einnahmeseite zu werfen und nicht – wie bisher – ausschließlich auf die Ausgaben.
- Der öffentliche Dienst im Land Hessen hat bereits seit 2004 mit der von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Koch eingeführten Aktion „düstere Zukunft“ seinen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung geleistet.

**RTL - Hessen Television, HR 3, HR-text und die regionale Presse berichteten über den Gewerkschaftstag 2014 des BSBD Hessen**

# Stellungnahme des BSBD Hessen zum Referentenentwurf

Entwurf eines Hessischen Jugendarrestvollzugsgesetzes (HessJAVollzG)

**Die Vorsitzende des BSBD Hessen hat zum vorliegenden Referentenentwurf zur Schaffung eines Hessischen Jugendarrestvollzugsgesetzes wie folgt Stellung genommen:**

Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)**, Landesverband Hessen, fördert die berufspolitischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange und Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug. Seine Mitbestimmungsaufgaben nimmt er im Bewusstsein seiner Mitverantwortung gegenüber allen Bediensteten des hessischen Justizvollzugs und der Allgemeinheit wahr. Die vorliegende Stellungnahme nimmt folglich insbesondere die Mitarbeiterperspektive zu dem Gesetzesentwurf auf.

Der Jugendarrestvollzug erlebte in den vergangenen Jahren in Hessen eher ein Schattendasein. Wenngleich im Jahr 2008 am Standort Friedberg binnen vier Wochen eine zusätzliche Einrichtung geschaffen wurde, die jedoch lediglich vier Jahre später – trotz des hohen persönlichen Einsatzes des dortigen Personals – wieder geschlossen wurde, so bleibt doch

festzuhalten, dass der Jugendarrest stets als Zweiganstalt einer anderen JVA organisatorisch geführt wurde. Insbesondere die inhaltliche und die personelle Ausstattung standen viel zu lange – zuletzt hinter dem Jugendstrafvollzug – zurück.

Dahingehend wird seitens des **BSBD Hessen** sehr begrüßt, dass der Jugendarrestvollzug durch den vorliegenden Gesetzesentwurf nunmehr in den Focus der vollzugspolitischen Auseinandersetzung gerät. Eine gesetzliche Normierung erscheint uns dringend notwendig.

Der **BSBD Hessen** unterstützt ganz ausdrücklich, dass die Jugendarrestanstalt zukünftig als eigenständige Einrichtung geführt wird. Diese Auffassung wird auch durch den **BSBD-Ortsverband** vor Ort entschieden vertreten. Es kann nicht sein, dass die Jugendarrestanstalt als Abteilung – jetzt – einer Jugendstrafanstalt geführt wird, die 70 km entfernt liegt und die, obwohl auch sie Jugendliche betreut, als Strafanstalt inhaltlich doch einen völlig anderen Auftrag hat. Der Jugendarrestvollzug wird inhaltlich durch die Jugendrichterin oder den Jugendrichter als Vollzugsleitung bei dem für dieses Haus zuständigen Jugendgericht bestimmt.

Diese rechtliche Ausgestaltung muss folglich auch in einer eigenständigen Organisation und in einem auf den Auftrag zugeschnittenen eigenen Budget entsprechende Würdigung erfahren. Demzufolge unterstützt der **BSBD Hessen** die Ausgestaltung des Gesetzesentwurfes ganz entschieden. In den Mittelpunkt der Arbeit des Jugendarrestvollzugs werden der erzieherische Ansatz sowie die intensive Auseinandersetzung mit den zu Jugendarrestvollzug verurteilten Jugendlichen gestellt. Der ständige Wechsel durch die für den Jugendarrest typische Fluktuation der untergebrachten Arrestantinnen und Arrestanten erfordert ein weit überdurchschnittliches Maß an Einlassung, an Flexibilität und steter Bereitschaft, sich mit jedem Einzelnen wiederum individuell auseinander zu setzen.

Dies erfordert sowohl im allgemeinen Vollzugsdienst, aber ganz besonders in den Fachdiensten (Sozialdienst und psychologischer Dienst) eine entsprechende Personalausstattung. Es ist wichtig, dass diese für die erzieherische Gestaltung des Jugendarrestes geeignet und qualifiziert sein müssen und in der Praxis entsprechend begleitet werden.

Birgitt Kannegießer würdigt großes Engagement

## Landesschatzmeister Friedhelm Förster verabschiedet

Neun Jahre lang die Kasse des BSBD Hessen verantwortlich geführt

**Friedhelm Förster, dem langjährigen Schatzmeister des BSBD Hessen, war es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, am Gewerkschaftstag 2013 teilzunehmen. Aus diesem Grunde hatte er bei den Neuwahlen zur Landesleitung nicht mehr kandidiert.**

Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages 2014 wurde er von der Landesvorsitzenden **Birgit Kannegießer** mit folgenden Worten verabschiedet: **Friedhelm Förster** hatte bis zum vergangenen Herbst eine Aufgabe inne, die es in sich hat, er war Landesschatzmeister unserer Gewerkschaft. Finanzminister sozusagen. Da ich nun selbst Landesschatzmeisterin im **dbb Hessen** bin, weiß ich, was Du, Friedhelm, zu leisten hattest. Die Kasse muss ja nun bekanntermaßen stimmen, Einnahmen und Aus-

gaben müssen transparent und schlüssig dargestellt sein und am Jahresende abgerechnet werden. Und diese Abrechnung muss dann vor den strengen Augen der Revisoren bestehen. Es sind die Beiträge einzuziehen, die Anteile an die **BSBD-Bundesebene**, an unsere Ortsverbände sowie an den **dbb Hessen** weiterzuleiten. Stornierungen von Beitragseinzügen sind bedauerlicherweise Standard im Gewerkschaftsleben.

Mit all unseren Reisekostenrechnungen – insbesondere zum Südländertreffen – brachten wir Dich, Friedhelm, dann doch gelegentlich etwas aus der Fassung bzw. zur Verzweiflung, ich sage das heute mit einem Augenzwinkern.

Die Kasse zu führen kostet eine Menge Zeit, in der Regel ist es die Freizeit. Es kostet Konzentration und Beharrlichkeit. Und es braucht ein gutes Nervenkostüm. Du hattest die Kasse 2004 vom Kollegen

**Baldner** übernommen und hast Sie neun Jahre verantwortlich geführt. Dafür sei Dir von hier ein ganz besonderer Dank ausgesprochen. Dein Engagement war keine Selbstverständlichkeit.

Ich freue mich sehr, dass Du heute nach Butzbach gekommen bist und dass wir dich hier nun nochmal persönlich verabschieden können. Friedhelm, wir wünschen Dir und Deiner Familie alles erdenklich Gute für Deine Zukunft.



Kollege Friedhelm Förster, Schatzmeister des BSBD Hessen von 2004 bis 2013, bei der Verabschiedung durch die Landesvorsitzende.

## Vertrauen in die Justiz

Jede Branche hat leider ihre schwarzen Schafe

Die Staatsanwaltschaft Kassel ermittelt gegen einen Bediensteten der JVA Kassel I wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz und Bestechlichkeit. Hierzu schreibt Ulrike Pflüger-Scherb in der HNA (die Autorin hat die Veröffentlichung im VollzD ausdrücklich genehmigt) im Kommentar zum Tage:

„Jede Branche hat ihre schwarzen Schafe: Manager, Polizisten, Journalisten, Handwerker oder Autobauer sind schon straffällig geworden. Ebenso kann das bei Justizvollzugsbeamten vorkommen, die eigentlich dafür sorgen sollen, dass hinter Gittern alles nach Recht und Ordnung läuft.“

### Schnelle Vorurteile gegen ganze Berufsgruppe

Kommt solch ein Gefängnisbeamter auf die schiefe Bahn, wird allerdings schnell das Vorurteil vom korrupten Wärter bedient. Eine ganze Berufsgruppe erscheint dann in einem schlechten Licht.

Zu Unrecht. Das Gros der Justizvollzugsbeamten sind ehrliche Menschen, mit denen die meisten wohl den Arbeitsplatz nicht tauschen möchten. Sie werden regelmäßig mit den Abgründen menschlichen Handelns konfrontiert und müssen sich tagtäglich nicht nur Nettigkeiten von den Insassen anhören.

### Grundlose Beschuldigungen

Es kommt auch immer wieder vor, dass Gefangene die Bediensteten einer Straftat beschuldigen. Vermutlich oft grundlos. Dass die Ermittler dann ganz genau hinschauen, wenn ein solcher Verdacht aufkommt, wie im aktuellen Fall, stärkt das Vertrauen in unsere Justiz.“

## Entgeltordnung zum TV Hessen zum 1. Juli 2014 in Kraft

Tarifrechtliche Fortschritte kommen immer erst mit Verspätung an

In einem Spitzengespräch zwischen dbb-Tarifchef Willi Russ und dem hessischen Innenminister Peter Beuth am 10. Oktober 2014 in Wiesbaden einigten sich der dbb und das Land Hessen auf ein Inkrafttreten der Entgeltordnung zum TV-H rückwirkend zum 1. Juli 2014. Klaus-Dieter Nolte, Vorsitzender des Tarifausschusses des dbb Hessen, war unter den Teilnehmenden.



dbb-Tarifchef Willi Russ.

Foto: dbb.de

Russ nannte die Einigung einen „guten Kompromiss, der dafür sorgt, dass Hessen nicht mit einem überalterten Eingruppierungssystem hinter seinen Ländernachbarn herhinkt.“

Die Einigung basiert auf der Entgeltordnung für den Geltungsbereich der **Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)** und weicht nur geringfügig von dieser ab. Ungleichbehandlungen von übergeleiteten und neu eingestellten Beschäftigten werden mit dieser Tarifeinigung weitestgehend abgestellt.

Russ abschließend: „Ich bin zufrieden damit, dass wir in einigen wichtigen Details für die Beschäftigten Verbesserungen gegenüber dem TV-L ausverhandeln konnten. Allerdings gehört zur Wahrheit

auch, dass in Hessen alle tarifrechtlichen Fortschritte immer erst mit einiger Verspätung ankommen. Die Entgeltordnung zum TV-L gilt nämlich schon seit Anfang 2012. Ich finde es an der Zeit, dass die schwarz-grüne Landesregierung überprüft, was ihr Sonderweg tatsächlich gebracht hat. Oft macht es den Eindruck, dass Hessen gerne auf den bereits von der TdL beschrittenen Pfaden wandelt. Ich bin gespannt, wie sich das Land zur Einkommensrunde 2015 positioniert. Wir jedenfalls werden für die Beschäftigten in Hessen nicht weniger fordern, als für die in Brandenburg oder in Baden-Württemberg.“

## Aus dem Hessischen Landtag

Weitergewährung des „Weihnachtsgeldes“ beim Land Hessen

Mit einem Berichtsantrag hat MdL Günter Rudolph (SPD) gefragt, ob das Hessische Sonderzahlungsgesetz (HSZG) verlängert werden soll. Hierzu hat der Vorsitzende des Rechtspolitischen Ausschusses MdL Christian Heinz wie folgt berichtet:

1. Der Gesetzentwurf war dem Rechtspolitischen Ausschuss in der 15. Plenarsitzung am 25. Juni 2014 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

2. Der Rechtspolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 10. September 2014 behandelt und folgenden Beschluss gefasst:

**Der Rechtspolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung der SPD und der FDP, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.**

## BSBD-Hessen ist online

Um die Informationen für Mitglieder, Freunde und Besucher zu verbessern, haben wir im „World-Wide-Web“ eine „Homepage“ mit interessanten „Links“ erstellt.

**Besuchen Sie uns unter:**

Landesvorstand: [www.bsbd-hessen.de](http://www.bsbd-hessen.de) - Frauenvertretung: [www.bsbd-hessen.de/vertreter/frauen.htm](http://www.bsbd-hessen.de/vertreter/frauen.htm)



# Berichts Antrag der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Pläne der Landesregierung für den öffentlichen Dienst in Hessen

Mit dem Berichts Antrag wird die Landesregierung ersucht, im Innenausschuss über folgende Gegenstände zu berichten:

## 1. Bezüglich der Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ab dem Jahr 2017

- Wie hoch schätzt die Landesregierung die Zahl der wegfallenden Wochenarbeitsstunden durch die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden pro Woche, Monat und Jahr?
- Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen der Arbeitszeitreduzierung auf den Personalbedarf in der hessischen Landesverwaltung?
- Falls die Landesregierung bisher keine Ermittlungen über die Bedarfsveränderungen durch eine Reduktion der Wochenarbeitszeit erstellt hat: Wann gedenkt sie, diese vorzunehmen?
- Wird eine Arbeitszeitreduzierung bei den Lehrkräften Auswirkungen auf die Unterrichtsverpflichtung nach der Pflichtstundenverordnung haben?
- Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass eine Ermittlung der Folgen der Einführung der 41-Stunden-Woche im Rahmen der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 zu spät wäre, um eine Umsetzung für das Jahr 2017 sicherzustellen, ohne die Arbeitsabläufe der Verwaltung massiv zu stören?
- Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es zudem fahrlässig wäre,

langfristig angekündigte und daher absehbare Effekte politischer Entscheidungen nicht frühzeitig auf ihre Fernwirkung zu untersuchen, sondern zu warten, „bis es so weit ist“?

## 2. Bezüglich der Besoldungspläne ab dem Haushaltsjahr 2015

- Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz, die Begrenzung der Besoldungssteigerung für Beamte in Rheinland-Pfalz auf ein Prozent dem Bundesverwaltungsgericht zur Überprüfung vorzulegen, da hierin ein Verstoß gegen den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation zu sehen sein könnte?
- Wie vereinbart die Landesregierung ihre Besoldungspläne mit der erst kürzlich durch den Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen getroffenen erneuten Klarstellung, dass bei allen notwendigen Sparbemühungen eine angemessene Alimentation mit Blick auf Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz gewährleistet bleiben muss und auch Beamte an einer positiven Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilhaben müssen?
- Wird die Landesregierung auch dann an den Plänen festhalten, wenn das Bundesverfassungsgericht die Pläne der Landesregierung Rheinland-Pfalz auf den Vorlagebeschluss hin für rechtswidrig erklärt?

d) Wie will die Landesregierung gewährleisten, dass auch in Zukunft hoch qualifizierte Bewerber für den öffentlichen Dienst gewonnen werden können und die Motivation der bereits diensttätigen Beamtinnen und Beamten bestehen bleibt, wenn nach den derzeitigen Plänen die Aussicht auf eine Gehaltsentwicklung besteht, die über Jahre unter dem Inflationsniveau liegen wird?

## 3. Beihilferecht

- Welche Anpassungen der Beihilfe Regelungen für hessische Landesbeamtinnen und Landesbeamte sind im Rahmen der laufenden Überarbeitung des Beihilferechts derzeit in Arbeit?
- Erfolgt bei der Überarbeitung die Beteiligung der Beamtenvertretungen und wenn ja, in welcher Form?

## 4. Besoldungsnullrunde – 41-Stundenwoche – Stellenabbau?

Hält die Landesregierung eine Besoldungsnullrunde für 2015 sowie die Deckelung der Besoldungssteigerung auf ein Prozent in den darauffolgenden Jahren bis mindestens 2019, die Einführung der 41-Stunden-Woche ab 2017 und den zeitgleichen Abbau von 1.800 Stellen in der Landesverwaltung unter Abgabe einer „Stellengarantie“ im Bereich der Lehrer und Polizisten für ein in sich schlüssiges Konzept?

## Aus den Ortsverbänden

### Ortsverband JVA Ffm. I

Anfang September 2014 fanden beim OV bei der JVA Frankfurt am Main I die Neuwahlen des Vorstandes statt.

#### Gewählt wurden:

Martin Boucsin	Vorsitzender
Harald Borländer	stellv. Vorsitzender
Christian Otto	stellv. Vorsitzender
Wolfgang Bormacher	Kassierer
Avan Abouk	Schriftführerin
Marco Hyba	Fachgruppenvertr. Krankenpflegedienst
Christian Zimmer	Vertr. d. Fachgruppenvertr. Krankenpflegedienst

Da das Medizinzentrum der JVA Ffm III ab 01. 10. 2014 von der JVA Ffm I übernommen wurde, hat der Ortsverband bei der JVA Ffm I einen Fachgruppenvertreter Krankenpflegedienst und einen



Die Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes der JVA Ffm. I.

Vertreter in den Ortsverbandsvorstand gewählt. Das neue Medizinzentrum der JVA Ffm. I hat 42 Bedienstete des Krankenpflegedienstes und betreut durchschnittlich über 1.300 Gefangene. Im

Jahre 2013 wurden 46% aller Zugangsuntersuchungen im hessischen Justizvollzug in Ffm durchgeführt. Auf der Bettenstation sind 1552 Gefangene von einem Tag bis zu 365 Tagen behandelt worden.



**– Eine starke Gewerkschaft**

Der BSBD vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.

**D**er Bund der Strafvollzugsbediensteten vertritt, unter dem Dach des DBB, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Besonders wegen der seit 1. Januar 2008 veränderten Länderkompetenzen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit der BSBD Landesbünde notwendig.

Die Aufgaben der Strafvollzugsbediensteten sind überaus vielfältig, anspruchsvoll und herausfordernd. Die Gesellschaft



digung verantwortliche Politik, die dem Vollzug aus fiskalischen Gründen zusätzliche Probleme aufbürdet, indem sie dem Vollzug eine sachgerechte Personal- und Sachmittelausstattung vorenthält. Dabei

sene Teilhabe der Strafvollzugsbediensteten am wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft ein, kämpft aber zugleich für angemessene Rahmenbedingungen für einen behandlungsorientierten Strafvollzug in Deutschland.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden. Je mehr Menschen von der Sicherheit schaffenden Wirkung des Vollzuges und von den berechtigten Forderungen des Strafvollzuges überzeugt werden können, desto eher wird die Politik bereit sein, unsere berechtigten Forderungen Stück für Stück

Der Verband ist eigenständig und unter dem Dach des Deutschen Beamtenbunds organisiert.

erwartet von uns eine effektive Resozialisierung von Straftätern ebenso, wie den sicheren Schutz vor weiteren Straftaten. Die Bediensteten des Strafvollzuges bewegen sich folglich bei Tag und Nacht und an 365 Tagen im Jahr in einem Konflikt- und Spannungsfeld. Zudem haben sie ihren schwierigen sozialen Auftrag im Lichte einer kritischen Öffentlichkeit zu erledigen, die mehr am skandalträchtigen Ausnahmefall als an einem reibungslosen Funktionieren der Behandlung interessiert zu sein scheint. Nicht selten ist es die grundsätzlich für die Aufgabenerle-

solle auch der Politik klar sein, dass hier vielfach am falschen Ende gespart wird, denn jede gelungene Wiedereingliederung eines Straftäters erhöht unser aller Sicherheit, nicht dessen zeitweise sichere Aufbewahrung.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können. Der **BSBD** tritt für die angemess-

zu erfüllen. „Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen **Imagefilm** erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont. Der **Imagefilm** kann unter [www.bsbd.de](http://www.bsbd.de) aufgerufen werden, erklärte **BSBD**-Bundesvorsitzender **Anton Bachl** anlässlich einer Sitzung des Bundesvorstandes seiner Organisation.

Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland.